

**TÜRKISCHE GEMEINDE IN SCHLESWIG-HOLSTEIN E. V.**  
**Schleswig-Holstein Türk Toplumu**



tgs-h

tgs-h • Diedrichstr. 2 • D-24143 Kiel

**Stellungnahme zu**

a) Entwicklung der Zuwanderung, der Einreise von Flüchtlingen und von Asylbewerbern in Schleswig-Holstein; Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU - Drucksache 18/2160

b) Menschenwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein; Bericht der Landesregierung - Drucksache 18/2190

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 18/3809

**Diedrichstr. 2**  
**24143 Kiel**  
**DEUTSCHLAND**

Telefon:  
(04 31) 7 61 14  
(04 31) 7 61 15

Telefax:  
(04 31) 7 61 17

E-Mail:  
info@tgsh.de

Internet:  
<http://www.tgsh.de>

Landesvorsitzender :  
Dr. Cebel Küçükkaraca

Stellvertretende Vorsitzende:  
Sedef Atasoy  
Aysun Güneş  
Dr. Reyhan Kuyumcu  
Songül Tin

Bankverbindung  
Kieler Volksbank

BIC:  
GENODEF1KIL

IBAN:  
DE69 2109 0007 0090 7109 08

- Sitz Kiel
- Vereinsregister-Nr. 3814
- TGS-H e. V. ist ein Mitglied der Türkischen Gemeinde in Deutschland e. V. (TGD) und im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband vertreten.

 Diedrichstraße  
71, 72 , 900, 901



Kundenorientierte  
Qualitätstestierung für  
Soziale Dienstleistungsanbieter

ArtSet®

Qualitätstestiert bis 28.04.2017

Sehr geehrte Frau Vorsitzende Ostmeier,

wir möchten uns für die Gelegenheit bedanken, zu den vorgenannten Drucksachen Stellung zu beziehen. Angesichts der Tatsache, dass Sie über 45 schriftliche Stellungnahmen erwarten, gedenken wir, uns auf das Wesentliche zu beschränken. Im Folgenden werden aus Gründen der Lesbarkeit lediglich männliche Personenbezeichnungen verwendet. Alle weiteren Geschlechterformen werden mitgedacht.

### **Integrationspolitisches Umdenken**

Sowohl die Landes- als auch die Bundesregierung haben seit geraumer Zeit massive Anstrengungen unternommen, die Integration von Migranten zu optimieren und neue Wege zu beschreiten. Wir begrüßen den sich entwickelnden Realitätssinn der politisch Verantwortlichen und sind dankbar, dass viele den Mut gefunden haben, aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen und teils unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen. Unter dem Strich beschränkt sich der politische Wille für Reformen jedoch zumeist auf Maßnahmen zugunsten von regulär eingewanderten Migranten, die einen gesicherten Aufenthaltsstatus genießen. Oberflächlich betrachtet wirkt eine derartige Orientierung verständlich, da Migranten mit festem Aufenthalt zahlenmäßig in der Mehrheit sind und sich seit über zwei Jahrzehnten vermehrt in den politischen Diskurs einbringen. Die Mehrheit der Einwanderer ist wirtschaftlich, politisch und sozial in Deutschland angekommen.

Gerade deshalb verdienen aber in Deutschland Schutzsuchende besondere politische Aufmerksamkeit: Neben der anfänglichen, sprachlichen Hilflosigkeit vergessen wir allzu häufig die durch den ungesicherten rechtlichen Status bedingte politische Sprachlosigkeit. Wie wir diese Menschen behandeln, sagt mehr über unsere Werte und Normen aus als über diejenigen, die zu uns kommen. Wenn man sich vor Augen führt, dass weniger reiche Nationen teils mehrere Millionen Schutzsuchende dauerhaft aufnehmen und wir mit einer verschwindend geringen Anzahl von Flüchtlingen bereits überfordert erscheinen, wirft es kein gutes Licht auf die Hilfsbereitschaft und Großzügigkeit unseres Landes.

Ob Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren oder hier ihre neue Heimat finden, wissen wir zumeist erst nach vielen Jahren. Dass wir in diese Menschen investieren müssen, um ihnen ein menschenwürdiges und erfolgreiches Leben für ihre Zeit in Deutschland zu ermöglichen, wissen wir dagegen vom ersten Tag an. Wir sollten erkennen, dass Investitionen in diese Menschen nicht nur eine ethische Frage sind, sondern sich in jedem Fall finanziell lohnen und unabhängig von ihrer Aufenthaltsdauer sein sollten: Entweder gewinnt unsere Gesellschaft viele neue Mitbürger, die mit ihren einzigartigen Fähigkeiten und Erfahrungen unser Land bereichern, oder aber nützliche Botschafter, die bei ihrer Rückkehr in ihre Heimat mit Dankbarkeit auf ihre Zeit in Deutschland

zurückblicken. Als ein stark exportorientiertes Land sind beide Szenarien für unsere Zukunft von großer Bedeutung.

Die Zuwanderung von verschiedenen Menschengruppen nach Deutschland stellt aktuell eine Herausforderungen in vielen Lebensbereichen der Menschen dar. Unbestreitbar liegt die oberste Priorität bei der menschenwürdigen, sicheren Unterbringung der Zugewanderten. Es entsteht allerdings der Eindruck, dass diese dringliche Aufgabe bereits die vorhandenen Strukturen belastet und überfordert. Trotz der belastenden Situation ist eine Entwicklung einer langfristigen Strategie für die Inklusion der Zugewanderten notwendig. Diese lässt sich noch nicht erkennen. Wir sind gerne bereit, bei der Entwicklung mitzuwirken.

### **Beratungsangebote**

Es empfiehlt sich eine Beratung für Flüchtlinge im Case-Management-Verfahren. Dabei sollte die Beratung von den in weiten Teilen überlasteten Migrations-sozialberatungsstellen (MSB) losgelöst werden.

Die Regelung, dass MSBs einen Teil ihrer Beratungszeit für Flüchtlinge bereitstellen sollen, erweist sich als nicht praktikabel. Zum einen sind die Zuständigkeiten nicht klar geregelt, ab wann und für wen die kommunalen Begleitungsangebote bereit stehen sollen und ab wann und für wen das Land mit den MSB hilft. Zum anderen ist der Beratungsbedarf für die eigentliche Zielgruppe der MSB nicht rückläufig, so dass die zusätzliche Zielgruppe eine Überlastung der Beratungsstellen darstellt. Die MSB-Stellen sind in weiten Teilen im Land ausgelastet.

Die Erfassung der Beratung von Flüchtlingen ist in der Online-Dokumentation nicht möglich. U.a. stimmen in den Beratungsstellen die Zahlen der sie aufsuchenden Flüchtlinge nicht. Mit dieser Begründung sollen die Beratungszeiten, die für die Flüchtlinge bereit gestellt wurden, gekürzt werden. Das erscheint als Vorwand, um doch noch im Nachhinein die Landesmittel für die MSB zu kürzen.

Die Zahl der Flüchtlinge und anderen Zuwanderern verlangt nach einem zusätzlichen Beratungsangebot mit Begleitungsmöglichkeiten. Die Zusammenarbeit zwischen der Anlaufstelle für syrische Flüchtlinge bei der TGS-H und den Flüchtlingseinrichtungen hat sich bewährt. Die Flüchtlinge fühlen sich willkommen und werden bis zur Eigenständigkeit begleitet oder angeleitet. Diese Strukturen wünschen wir uns landesweit.

Mögliche Themenfelder dieser Strategie sind aus unserer Sicht folgende:

- Unterbringungssituation der Flüchtlinge
- Unterstützung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen
- Unterstützung von Jugendeinrichtungen, die für die Zielgruppe der Flüchtlinge geöffnet sind

- Entwicklung von Strategien zur Zusammenführung der Flüchtlings- und Integrationspolitik (Willkommenskultur etablieren, aber Anerkennungskultur nicht vernachlässigen)
- Hilfe bei der Inklusion der Flüchtlinge in die Gesellschaft
- Maßnahmen zur Förderung von Toleranz und Akzeptanz und Abbau von Vorurteilen in der Mehrheitsgesellschaft entwickeln/ etablieren
- Schulung von haupt- und ehrenamtlichem Personal in Flüchtlingseinrichtungen
- Beratungs- und Begleitungsangebote für Flüchtlinge ausbauen
- Willkommensberatung zur Aufklärung über Rechte und Pflichten
- Verbesserten Zugang zur medizinischen Versorgung
- Einrichtung/ Förderung von Beratungen zur psychologischen Versorgung von traumatisierten Flüchtlingen
- Öffnung der geförderten Deutschkurse für die Zielgruppe der Flüchtlinge
- Mehr Entscheidungen über den kleinen Dienstweg ermöglichen, Bürokratie abbauen

### **Asylbewerberleistungsgesetz**

Die jüngste Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetzes führt erfreuliche Änderungen herbei, die die reale Lebenswelt der Betroffenen ganz erheblich der Normalität näher bringen. Die modifizierte Residenzpflicht und Geldleistungen anstatt von Sachleistungen sind hilfreich und konstruktiv. Während diese Änderungen Anerkennung verdienen, kann jedoch nicht geleugnet werden, dass sich die konkrete Situation vieler Betroffener weiterhin suboptimal gestaltet. Das neue Asylbewerberleistungsgesetz hätte großzügiger und mit mehr Bedacht auf zukünftige Herausforderungen formuliert werden können. Das ausgeprägte Budgetbewusstsein der Entscheidungsträger hat teils kontraproduktiven Einfluss auf sachlich gebotene Leistungen. Ein knapp bemessenes Budget behindert die Umsetzung einer Willkommenskultur.

### **Sichere Herkunftsländer**

Die Kriterien für die Liste der sogenannten sicheren Herkunftsländer sind nach wie vor teilweise zweifelhaft und sachfremd. Es wäre hilfreich, einen offeneren und europaweiten Diskurs über unsichere Herkunftsländer zu führen. Entscheidungsprozesse sollten größerer Transparenz unterworfen werden.

### **Unterbringung**

Flüchtlinge und Asylbewerber werden in vielen Fällen prekären und inakzeptablen Wohnverhältnissen ausgesetzt. Der ihnen zugewiesene Wohnraum sollte den gleichen menschenwürdigen Standards entsprechen, der regulär Arbeitssuchenden zusteht. Ein sachlicher Grund für die Ungleichbehandlung von Flüchtlingen und Asylbewerbern ist nicht zu erkennen. Weiterhin sind die Kapazitäten für die Erstaufnahme von Schutzsuchenden derzeit unzureichend.

Auch erfüllen uns verschiedenenorts geäußerte Forderungen, gegenwärtige Probleme, durch die Unterbringung größerer Gruppen von über 100 Personen in ortsfernen Einrichtungen, zu lösen, mit Sorge. Frühzeitige gesellschaftliche Inklusion erfordert, dass kleinere Gruppen in sozial intakten Kommunen untergebracht und betreut werden. Bei der Unterbringung empfiehlt es sich, gemeinsam mit Akteuren der Kommune, Migrantenorganisationen und Anwohnern gemeinsam Strategien zu entwickeln, wie die Inklusion der Zugewanderten gelingen kann. Wenn vor Ort keine ausreichenden Maßnahmen zur Integration vorhanden sind, könnten weitergehende Integrationsmaßnahmen in zentral angesiedelten Institutionen stattfinden. Der Transport könnte anfangs kostengünstig durch einen Shuttleservice übernommen werden und später, falls vorhanden, durch öffentliche Nahverkehrsmittel erfolgen.

### **Integrations- und Inklusionsmaßnahmen**

Die gegenwärtigen Integrationsmaßnahmen, die der Mehrheit der Menschen mit nicht-gesichertem Aufenthalt zukommen, sind ebenfalls ausbaufähig. Es ist mittlerweile allgemein anerkannt, dass wesentlich mehr Flüchtlinge und Asylbewerber langfristig in Deutschland bleiben, als früher erwartet wurde. Daher erscheint es geboten, diese schnellstmöglich so zu qualifizieren, dass ihnen eine realistische Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt geboten wird. Direkt nach ihrer Ankunft herrscht bei der Mehrheit der ankommenden Flüchtlinge eine hohe Motivation, Deutsch zu lernen und bezahlte Arbeit aufzunehmen. Die fragwürdige Unterbringungssituation und Behandlung vieler Flüchtlinge und Asylbewerber sorgt leider dafür, dass die Motivation zum Spracherwerb nach wenigen Wochen (während des Wartens auf die Entscheidung über den Aufenthaltstitel) wieder abzunehmen beginnt.

Gleichermaßen führt das weitverbreitete Gefühl des Nicht-Willkommen-Seins oder gar offene Ablehnung dazu, dass sich zusätzlich zu fehlenden Spracherwerbsangeboten und verbreiteter Beschäftigungslosigkeit eine höchst negative Perspektivlosigkeit entwickelt, die vielen Flüchtlingen und Asylbewerbern jeglichen Antrieb raubt, sich weiterhin mit der anfänglich hohen Motivation zu engagieren. Hier gilt es eine Willkommenskultur zu fordern, zu fördern und vorzuleben.

Für die Etablierung der Willkommenskultur, ist die Entwicklung von geeigneten Integrationsmaßnahmen und deren Förderung von Bedeutung. Integrationsmaßnahmen gehen dabei über Sprachkurseangebote hinaus. Die Förderung von ehrenamtlichem Engagement der Mehrheitsgesellschaft für die Einwanderer sowie der Einwandernden selbst ermöglicht die partizipative Inklusion der Beteiligten. Das bereits vorhandene Engagement von Freundeskreisen ist ein Zeichen dafür, dass in Teilen Deutschlands der Gedanke einer Willkommengesellschaft angekommen ist. Die engagierten Menschen sollten in ihren Bemühen genauso wenig alleingelassen werden, wie die Flüchtlinge in ihren

Integrationsbemühungen. Hier vorhandene Strukturen zu nutzen und neue zu entwickeln ist förderlich.

Zudem ist es nicht nur kontraproduktiv, Asylsuchende durch fehlende Sprachangebote und rechtlich fragwürdige Rahmenbedingungen von einer zügigen Arbeitsaufnahme abzuhalten. Jeder weitere Tag ohne ein adäquates Beschäftigungsverhältnis führt zu einem höheren Risiko dafür, dass vorhandene Qualifikationen auf Seiten der Flüchtlinge und Asylbewerber abgebaut werden. Eine inklusionsorientierte Asylpolitik sollte den Zweck verfolgen, es arbeitswilligen und arbeitsfähigen Menschen zu ermöglichen, schnell am Arbeitsmarkt teilzuhaben und Bestandteil der Gesellschaft zu werden. Exposition und Inklusion sind zwei untrennbare Bestandteile einer Strategie, die die Akzeptanz in der Bevölkerung, weiterhin Schutzsuchende aufzunehmen, erhöht. Besonders förderungsbedürftig sind minderjährige Flüchtlinge. Insbesondere Jugendliche Flüchtlinge müssen über die Möglichkeiten in der Schulbildung aufgeklärt werden. Eine Schulpflicht besteht nur bis zum 16. Lebensjahr. Ob die Flüchtlinge der Berufsschulpflicht bis zum 18. Lebensjahr nachkommen, wird oft nicht mehr überprüft. In den Berufsschulen gäbe es das Potential, den Jugendlichen eine angemessene sprachliche und berufliche Ausbildung zu geben.

### **Maßnahmen für die Etablierung einer ehrlichen Willkommenskultur**

Allen Beteiligten ist klar, dass eine gesamtgesellschaftliche Willkommenskultur nicht „von oben“ verordnet werden kann. Dennoch darf erwartet werden, dass notwendige rechtliche und soziale Rahmenbedingungen von denjenigen geschaffen werden, die in der Verantwortung stehen. Ohne diese Rahmenbedingungen wird jegliches Engagement der Zivilgesellschaft konterkariert, an eine ehrliche Willkommenskultur ist so nicht zu denken. Verantwortlich für die Schaffung dieser Rahmenbedingungen sind die Landes- und Bundesregierung und die jeweiligen Parlamente.

Zusätzlich zu den oben genannten rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen bedarf es weiterer Maßnahmen: neben flexiblen und flächendeckenden Angeboten muss der Landes- bzw. Bundeshaushalt Mittel zur Verfügung stellen, die bedarfsabhängig abgerufen werden können. Internationale Instabilitäten haben wiederholt dafür gesorgt, dass in manchen Jahren unerwartet viele Menschen, Zuflucht und Zukunft in Deutschland gesucht haben, während von der Aufnahme betroffene Kommunen anfänglich wenig bis gar keine finanzielle Unterstützung erhalten haben. Derartige Haushaltsmittel sollten von jeglicher Bindung an eine Schuldenbremse ausgenommen werden und bedarfsgerecht alloziiert werden. Weitere Kürzungen sind nicht hinnehmbar.

Eine ehrliche Willkommenskultur benötigt nicht zuletzt ein gesamtgesellschaftliches Bewusstsein. Die Zukunft der Menschen mit ungesichertem Aufenthalt ist nicht nur eine humanitäre Frage und Antworten sind nicht ausschließlich auf regionaler Ebene zu

suchen. Wir erwarten eine Politik, die global denkt und lokal handelt. Alle regionalen Lösungen sollten in einem nationalen und europäischen Rahmen ihren Platz finden. Gleichmaßen sind viele Mitbürger, NGOs und Akteure der Privatwirtschaft willens, sich mehr einzubringen, wenn man sie nur fragen würde und es ihnen ermöglichte, neue und kreative Wege zu beschreiten. Effiziente und effektive gesamtgesellschaftliche Lösungen können jedoch nur durch mehr Transparenz und eine optimierte Informationspolitik erreicht werden. Wir begrüßen daher sehr die Initiative des Landes und erhoffen uns, in Zukunft noch mehr zu einem besseren Zusammenleben beitragen zu können.